

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**Stand des Planfeststellungsverfahrens
Straßenbahn Neuenheimer Feld -
Runder Tisch mit den Anliegern
(ersetzt die Drucksache: 0302/2012/BV)**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 30. Juli 2012

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Gemeinderat	25.07.2012	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat beschließt, dass Vertreter der Verwaltung, des Gemeinderates und der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH an einem „Runden Tisch“ Gespräche mit Teilen der Anlieger an der Straßenbahn Im Neuenheimer Feld führen. Die hier angesprochenen Anlieger sind: Universität Heidelberg, Universitätsklinik Heidelberg, Deutsches Krebsforschungszentrum (dkfz), Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (MPIL) und das Universitätsbauamt Heidelberg. Der in Vorlage 0302/2012/BV gegebene Beschlussvorschlag (Zustimmung zur Mediation) wird zurückgezogen.

Sitzung des Gemeinderates vom 25.07.2012

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 25.07.2012

11.1 Stand des Planfeststellungsverfahrens Straßenbahn Neuenheimer Feld - Runder Tisch mit den Anliegern (ersetzt die Drucksache 0302/2012/BV) Beschlussvorlage 0316/2012/BV

Stadtrat Cofie-Nunoo erklärt, er sehe die Formulierung der Verwaltungsvorlage kritisch, da dort ein Automatismus enthalten sei, der gegebenenfalls dazu verwendet werden könnte, das bestehende Planfeststellungsverfahren zu stoppen. Er stellt daher folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt, eine Informationsveranstaltung durchzuführen, bei der von Seiten der Rhein-Neckar-Verkehrs GmbH (RNV) der aktuelle Sachstand zur Trasse "Straßenbahn Neuenheimer Feld" erläutert wird.

Die Veranstaltung soll durch eine externe Moderation geleitet werden. Neben den Mitgliedern des Gemeinderats, der Bezirksbeiräte Neuenheim und Handschuhsheim, sollen Vertreter der Universität und des Universitätsbauamtes teilnehmen.

Die Informationsveranstaltung ist grundsätzlich öffentlich.

Nach der Informationsveranstaltung können gegebenenfalls weitere Termine zum ergebnisoffenen Austausch zwischen der Stadt Heidelberg und der Universität Heidelberg vereinbart werden.

Stadtrat Cofie-Nunoo betont, dies sei ein Formulierungsvorschlag, der gern von den anderen Stadträten und Stadträtinnen ergänzt werden könne, zu Beispiel um weitere Teilnehmer.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Dr. Gradel, Stadträtin Dr. Trabold, Stadtrat Holschuh, Stadträtin Stolz, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Krczal, Stadträtin Faust-Exarchos, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Eckert, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff

In der Diskussion werden folgende Argumente vorgetragen:

- Die von der Verwaltung vorgeschlagene Beteiligung sei zu gering. Das Gremium sollte erweitert werden, um möglichst alle Beteiligten auf einen aktuellen Stand zu bringen.
- Es sei wichtig, dass die im Planfeststellungsverfahren antragsberechtigten Parteien in einen Dialog treten und ihre jeweilige Sicht vortragen und vertreten können. Bei einer zu großen Teilnehmerzahl könne man so eine Diskussionsrunde nicht mehr sinnvoll realisieren und das Ziel des Meinungsaustausches sei verfehlt.
- Der Begriff „Informationsveranstaltung“ sei bewusst gewählt. Dabei sollen nicht alle Teilnehmer zu Wort kommen, sondern möglichst viele sollen wissen, wo man stehe. Vor allem wolle man aber eine Kommunikationsbasis mit der Universität finden.

- Wenn man nicht versuche in Gesprächen zu einem Kompromiss zu finden, seien ein Rechtsstreit, lange Verzögerungen, Gutachterkosten und ähnliches zu befürchten.
- Sinn und Zweck des Runden Tisches sollte nicht sein, die Planung der im Planfeststellungsverfahren eingereichten Variante zu ändern. Der Planfeststellungsantrag sollte wie eingereicht vom Regierungspräsidium entschieden werden. Ein Gespräch mit der Universität sei eine gute Sache, sollte aber nicht in das laufende Verfahren eingreifen und daher abgekoppelt vom Planfeststellungsverfahren stattfinden.

Im Laufe der Diskussion kommt die Frage auf, ob die Stadt rechtlich verpflichtet sei, bezüglich des im Erörterungstermin vorgeschlagenen Mediationsverfahrens in irgendeiner Art zur reagieren. Herr Mevius, Leiter des Rechtsamtes, Herr Brucker (ebenfalls Rechtsamt) und Oberbürgermeister Dr. Würzner gehen daraufhin auf den Erörterungstermin ein. Die Planfeststellungsbehörde erwarte, dass die Stadt Heidelberg qualifiziert auf Anregungen und Bedenken reagiere. Eine ausdrückliche Verpflichtung, ein Mediationsverfahren durchzuführen gebe es nicht, es werde jedoch als sinnvoll erachtet dem Wunsch nach Gesprächen nachzukommen. Ob als Ergebnis dieser Gespräche etwas in das förmliche Verfahren eingegeben werde, sei offen.

Im weiteren Verlauf erklärt Stadtrat Krczal, aus seiner Sicht sollte das Gesprächsangebot niederschwellig und ohne Erwartungshaltung angegangen werden. Ein offener Dialog mit der Universität könnte in einer öffentlichen Veranstaltung jedoch schwierig sein. Er schlägt daher vor, den ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung auszuweiten und zu einem nicht öffentlichen Gespräch alle Gemeinderäte, ohne die Bezirksbeiräte, einzubeziehen.

Stadtrat Holschuh schlägt vor, den Beschluss um den Satz zu ergänzen „Diese Gespräche haben keine Auswirkungen auf das laufende Planfeststellungsverfahren“.

Oberbürgermeister Dr. Würzner und Stadtrat Eckert sprechen sich gegen diese Ergänzung aus, da damit eine psychologische Mauer aufgebaut werde. Stadtrat Eckert betont, rechtlich haben diese Gespräche tatsächlich zunächst keinerlei Auswirkungen auf das Planfeststellungsverfahren. Wenn es Ergebnisse in den Gesprächen gäbe, die eine Abweichung vom Planfeststellungsverfahren zur Folge hätten, müsste dies wiederum zunächst im Gemeinderat diskutiert und entschieden werden.

Stadtrat Cofie-Nunoo bittet um eine Sitzungsunterbrechung, um die unterschiedlichen Formulierungen mit den anderen Stadträtinnen und Stadträten zu besprechen.

←Die Sitzung wird daher von 19:18 Uhr bis 19:27 Uhr unterbrochen. →

Nach Wiederaufnahme der Sitzung informiert Oberbürgermeister Dr. Würzner darüber, dass aus der Mitte des Gemeinderates der Antrag von Stadtrat Cofie-Nunoo wie folgt modifiziert, als gemeinsamer Antrag eingebracht und als weitestgehender **Antrag** zur Abstimmung gestellt wird (Änderungen fett dargestellt):

Der Gemeinderat beschließt, eine Informationsveranstaltung durchzuführen, bei der von Seiten der Rhein-Neckar-Verkehrs GmbH (RNV) der aktuelle Sachstand zur Trasse "Straßenbahn Neuenheimer Feld" erläutert wird.

Die Veranstaltung soll durch eine externe Moderation geleitet werden. Neben den Mitgliedern des Gemeinderats, ~~der Bezirksbeiräte Neuenheim und Handschuhsheim,~~ sollen Vertreter der Universität und des Universitätsbauamtes teilnehmen.

Die Informationsveranstaltung ist **grundsätzlich nicht** öffentlich und entfaltet rechtlich keine zwingende Bindung.

Nach der Informationsveranstaltung können gegebenenfalls weitere Termine zum ergebnisoffenen Austausch zwischen der Stadt Heidelberg und der Universität Heidelberg vereinbart werden.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 5 Enthaltungen

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beschließt, eine Informationsveranstaltung durchzuführen, bei der von Seiten der Rhein-Neckar-Verkehrs GmbH (RNV) der aktuelle Sachstand zur Trasse "Straßenbahn Neuenheimer Feld" erläutert wird.

Die Veranstaltung soll durch eine externe Moderation geleitet werden. Neben den Mitgliedern des Gemeinderats, sollen Vertreter der Universität und des Universitätsbauamtes teilnehmen.

Die Informationsveranstaltung ist nicht öffentlich und entfaltet rechtlich keine zwingende Bindung.

Nach der Informationsveranstaltung können gegebenenfalls weitere Termine zum ergebnisoffenen Austausch zwischen der Stadt Heidelberg und der Universität Heidelberg vereinbart werden.

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: beschlossen mit Änderungen
Enthaltung 5

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: + / - Ziel/e:
(Codierung) berührt:

Begründung:

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

Der mit Vorlage (Drucksache 0302/2012/BV) gemachte Beschlussvorschlag zu einer Mediation wurde in der Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses am 04. Juli 2012 mehrheitlich abgelehnt. Es soll jedoch trotzdem ein Weg zu Gesprächen mit den Anliegern auf Hochschuleseite (Universität Heidelberg, Universitätsklinik Heidelberg, Deutsches Krebsforschungszentrum (dkfz), Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (MPIL), und Universitätsbauamt Heidelberg) gefunden werden.

Die Verwaltung schlägt daher die Einrichtung eines moderierten „Runden Tisches“ insbesondere für den Trassenbereich Kopfklinik – Berliner Straße vor. Nach drei Sitzungen im September und Oktober 2012 soll eine einvernehmliche Plan- und Betriebsvariante für den genannten Trassenbereich gefunden werden. Weicht diese von der im Planfeststellungsverfahren eingereichten Variante ab, muss diese in den Gremien bestätigt werden. Findet sie keine Bestätigung wird die bislang im Planfeststellungsantrag der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH verfolgte Trassenvariante im Bereich Kopfklinik – Berliner Straße gegebenenfalls mit kleinräumigen Änderungen weiterverfolgt.

Als Teilnehmer des Runden Tisches werden vorgeschlagen:

- Ein Moderator (nach einvernehmlicher Bestätigung von Vorschlägen von Seiten der Anlieger oder von Seiten der RNV GmbH bzw. der Stadtverwaltung),
- Zwei Vertreter der Universität Heidelberg,
- Zwei Vertreter der Universitätsklinik Heidelberg,
- Zwei Vertreter des Universitätsbauamtes,
- Zwei Vertreter des Max-Planck-Institutes für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (MPIL),
- Zwei Vertreter der RNV GmbH,
- Zwei Vertreter der Stadtverwaltung Heidelberg,
- Vier Vertreter des Heidelberger Gemeinderates.

Bei Bedarf werden weitere Teilnehmer eingeladen, beispielsweise durch mögliche Planänderungen zusätzlich betroffene Anlieger.

Das laufende Planfeststellungsverfahren bleibt hiervon vorerst unberührt.

gezeichnet

Bernd Stadel